
SOZIAL IS' MUSS!

**MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER
JUSOS MÜNSTER**

20. Januar 2013

BESCHLUSSBUCH



INHALTSVERZEICHNIS

1. Antrag A1 – Sozial ist Muss!	3
2. Antrag E1 – Kohle ist keine Brücke in die Zukunft!	9
3. Antrag EU1 – Europapartei: Mehr als eine Worthülse? – Eine Wiedervorlage	12
4. Antrag EU2 – Europäische Asylpolitik umdenken – Schutz von und nicht vor Geflüchteten!	17
5. Antrag F1 – Geschlechterrollen überwinden – Impulse für eine jungsozialistische Genderpolitik!	19
6. Antrag I1 – Umstrukturierung der Nachrichtendienste ermöglichen!	24
7. Antrag K1 – Sechs Punkte für ein Kommunalwahlprogramm	27
8. Antrag Ini1 – Solidarität mit Tim H.! Wir lassen uns nicht kriminalisieren!	29

ANTRAG A1 – SOZIAL IS‘ MUSS!

Arbeitsprogramm der Jusos Münster für das Vorstandsjahr 2013/2014

1. Wer wir sind

Wir Jusos Münster sind ein eigenständiger, sozialistischer, feministischer und antifaschistischer Richtungsverband innerhalb der SPD Münster. Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gleichheit und Solidarität. All unsere Politische Arbeit basiert auf diesen Idealen, sie prägen unser Handeln in jeder Form. Obwohl wir uns als Teil der SPD verstehen, lehnen wir es ab als Parteijugend abgestempelt zu werden. Vielmehr sind wir ein eigener Verband, der die Gesellschaft und auch die SPD nach eigenen Vorstellungen prägen und verändern will. Missstände in der Gesellschaft und auch in der Partei sind uns ein Dorn im Auge und wir kämpfen entschlossen um diese zu beheben. Eine freie, gleiche und solidarische Gesellschaft ist unser Ziel.

2. Was wir wollen

Seminarstruktur erhalten

Wir wollen auch in diesem Jahr wieder Seminare veranstalten, die uns inhaltlich, aber auch strukturell weiterbringen. Nachdem wir uns im letzten Jahr in einem Seminar mit unserem Grundwert „Feminismus“ beschäftigt haben, wollen wir uns in diesem Jahr den Grundwerten Sozialismus und Internationalismus zuwenden. Außerdem wollen wir mit einem Zeitmanagementseminar ein strukturelles Angebot schaffen, dass jungen Menschen in Zeiten von modulierten Studiengängen hilft, sich politisch zu engagieren.

Inhaltliche Arbeit

Wie bisher wollen wir schwerpunktmäßig fünf Themenbereiche bearbeiten. Unsere Themenbereiche sind:

Antifa

Im kommenden Jahr soll es im Themenbereich „Antifa“ zunächst darum gehen, den Themenbereich zum Antisemitismus zu Ende zu bringen, wobei eine Diskussion zur Abgrenzung von Israelkritik und Antisemitismus und die noch immer aktuelle Beschneidungsdebatte im Mittelpunkt stehen sollen.

Danach wollen wir uns inhaltlich dem Themenschwerpunkt Rechtspopulismus zuwenden, wobei insbesondere die Rolle konservativer Politiker und der Massenmedien im Hinblick auf Antisemitismus im Mittelpunkt stehen soll.

Anschließend möchten wir uns anhand des Films „Die Kriegerin“ der Rolle von Frauen in der extremen Rechten zuwenden.

Bei allem wollen wir uns bemühen aktuelle Entwicklungen in unsere Themenwahl miteinfließen zu lassen.

Wie schon im vergangenen Jahr gilt es sich dem Faschismus wieder aktiv entgegenzustellen. So werden wir uns Protesten, Kundgebungen und Blockaden anschließen, die sich gegen rechte Aufmärsche und Kundgebungen richten, sei es in Dortmund, Dresden oder Münster selbst.

Bildung

Der PoliTisch Bildung soll im nächsten Jahr weiterhin viel Platz für die Ideen aller Teilnehmenden bieten. Auch sollen in die Vorbereitung weiterhin möglichst viele eingebunden werden, um so allen Interessierten die Möglichkeit zu bieten ihre Themen und Sichtweisen in die Arbeit einzubringen. Inhaltlich wollen wir zunächst weiter an einem alternativen Schulkonzept arbeiten, dazu ist auch ein Besuch in einer Reformpädagogischen Einrichtung geplant. Danach sollten wir zur Vorbereitung auf die Bundestagswahl bundespolitische Aspekte der Bildungspolitik, wie z.B. das Kooperationsverbot, Finanzierung von Bildung oder das BAFöG diskutieren und uns hierzu eine Position bilden.

Gleichstellung und Soziales

Nachdem wir uns im letzten Jahr im Rahmen eines Seminars mit der Dekonstruktion der Geschlechter vor allem auf theoretischer Ebene beschäftigt haben, soll in diesem Jahr beim PoliTisch Gleichstellung und Soziales die praktische Komponente im Vordergrund stehen. So wollen wir uns anschauen, in welcher Lebensrealität und mit welchen Erwartungen Jungen und Mädchen aufwachsen (z.B. geschlechtergetrenntes Spielzeug) und wie sich eine theoretische Dekonstruktion der Geschlechter praktisch auswirken würde.

Außerdem wollen wir und im Themenbereich Soziales mit der Vereinbarkeit von Umweltschutz unter den Aspekten sozialer Politik beschäftigen. Hinzu kommen die Themen Bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlohn, die im letzten Jahr aufgrund eines aktuelleren PoliTisches zum Thema Rente weggefallen sind.

Internationales und Europa

Im PoliTisch Internationales & Europa werden wir uns neben dem alltäglichen Übel der Eurokrise mit Schwerpunktthemen beschäftigen, bei denen wir im (Vor-) Wahljahr die Zukunftsherausforderungen der Europäischen Union in den Mittelpunkt rücken. Wie also sehen mögliche Zukunftsszenarien zur Gestalt der Europäischen Union aus: Welche Geschwindigkeit? Mit oder ohne Großbritannien? Wachsen oder gar schrumpfen?

Im europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger darf auch das Thema politische Mitwirkung nicht fehlen. Sind beispielsweise Europäische Bürgerinitiativen eine gute Idee? Brauchen wir Europareferenden zu brisanten Themen? Nachdem wir uns Ende des letzten Jahres mit dem bisherigen Stellenwert der Europawahlen beschäftigt haben, geht es in diesem Zusammenhang auch um eine Antwort auf die Frage danach, wie ein Europawahlkampf nach unserem Geschmack aussehen könnte. Ob beispielsweise ein Wahlkampf auf amerikanisch eine zündende Idee wäre, wie unter anderem vorgeschlagen wird.

Unter dem Titel „Europas rechte Ränder“ werden wir die Bedeutung von rechtspopulistischen und rechtsradikalen Parteien in den Mitgliedstaaten und im Europaparlament beleuchten.

Selbstverständlich wird uns die Debatte um die Programmatik für die Legislaturperiode 2014-2019 des Europaparlaments sowie der europapolitischen Ausrichtung der SPD hinsichtlich der Bundestagswahl laufend begleiten und auch hierzu wollen wir nach Möglichkeit einen Abend gestalten. Auch wenn das PoliTisch-Jahr 2013 dadurch sehr europapolitisch geprägt ist, haben wir den Bereich „Internationales“ nicht vergessen. Ein Thema dazu ist ebenfalls in Vorbereitung.

Kommunales

Die Kommunalpolitik ist häufig die Ebene, auf der Jugendliche zuerst mit Politik in Berührung kommen: Wann bekommen wir endlich eine neue Turnhalle an unserer Schule? Warum fährt der Bus so selten, wenn ich abends von meiner Freundin nach Hause fahren will? Spielt das Theater eigentlich auch Stücke speziell für Kinder und Jugendliche? Mit wem kann ich reden, wenn ich in der Schule oder in meinem Freundeskreis ein Problem habe, mich aber nicht traue, meine Eltern darauf anzusprechen? Und warum muss ich zur nächsten Halfpipe eigentlich erst eine halbe Stunde fahren bevor ich dort mit meinen Kumpels trainieren kann? Weil kommunalpolitische Entscheidungen oft direkt das Lebensumfeld von Jugendlichen beeinflussen, ist es gut und richtig, dass sie in NRW schon mit 16 Jahren den Rat, die Bezirksvertretungen und den Oberbürgermeister wählen dürfen.

Für uns Jusos bedeutet das aber auch, dass die Kommunalpolitik für uns ein ganz zentrales Politikfeld ist. Wir wollen Einfluss nehmen auf die Entscheidungen unserer Mutterpartei in den kommunalen Gremien. Wir entwickeln eigene Ideen, was sich in Münster ändern sollte. Wir verfolgen konstruktiv und interessiert die aktuellen kommunalpolitischen Diskussionen in unserer Stadt. Das alles tun wir im Rahmen des PoliTisch Kommunales. Und wir wollen es auch 2013 fortsetzen. Unser Schwerpunkt liegt in diesem Jahr darauf, die Erarbeitung des SPD-Kommunalwahlprogramms zu begleiten und uns in die Diskussionen mit unseren Positionen und Vorstellungen einzumischen. Und natürlich ist es auch unser Anliegen, junge Menschen für die Kommunalpolitik zu begeistern. Denn auch eine BV und ein Stadtrat sollen als Volksvertretung alle Teile der Stadtgesellschaft widerspiegeln. Daher ist es auch unser Anliegen, dass junge Menschen in der SPD und mit der SPD selbst kommunalpolitisch aktiv werden.

3. Wie wir arbeiten

In diesem Jahr haben wir Jusos Münster uns auf allen Ebenen großartig präsentiert. Auf der Landeskonferenz, die in Münster stattgefunden hat, und dem Bundeskongress der Jusos, sowie auf dem Parteitag der SPD Münster haben wir mit vielen Anträgen und Redebeiträgen gezeigt, dass wir unsere Inhalte auch artikulieren und durchsetzen können. Im nächsten Jahr wollen wir genauso stark vertreten bleiben und unser gutes Image ausbauen.

Der PoliTisch

Der PoliTisch ist und bleibt Mittelpunkt unserer politischen Arbeit. Der Donnerstag hat sich hierfür als guter Termin erwiesen, da sich am wenigsten Überschneidungen mit anderen Parteiterminen ergeben haben. Auch weiterhin soll der erste Donnerstag im Monat für den „PoliTisch Organisatorisch“ reserviert sein und die Themenbereiche in alphabetischer Ordnung an den anderen Donnerstagen behandelt werden.

Vorstandsarbeit

Der Vorstand der Jusos Münster ist offen und transparent – und das ist gut so. Auch weiterhin sollen alle wichtigen anstehenden Organisationssachen auf dem PoliTisch Organisatorisch besprochen werden. Wichtige inhaltliche Entscheidungen werden immer öffentlich diskutiert und alle Mitglieder der Jusos Münster dürfen darüber abstimmen. Von allen Vorstandsmitgliedern wird Teilnahme an allen Veranstaltungen der Jusos Münster erwartet, begründete Entschuldigungen werden natürlich akzeptiert.

Das Mentorinnenprogramm

Nachdem der erste Versuch des Mentorinnenprogrammes nicht funktioniert hat, wird ein neuer Anlauf genommen, da eine Vernetzung und ein Austausch innerhalb und zwischen den Frauen bei den Jusos und in der SPD wichtig bleibt. Die Startphase des neuen Programmes hat bereits im alten Vorstandsjahr begonnen.

Dabei soll aber keine Parallelstruktur geschaffen werden, sondern es soll vielmehr das Mentorinnenprogramm in die bestehende Struktur des „Frauentreffs“ integriert werden. Diese Treffen finden regelmäßig statt und dienen dem Austausch über verschiedene Themen. Neu dazu kommt jetzt, dass die erfahreneren Frauen schauen, was für Termine bei ihnen bis zum nächsten Treffen anstehen und so interessierte Jusofrauen die Chance bekommen zu diesen Terminen mitzugehen. Dabei gibt es also keine festen Mentorinnenprogramm, sondern eine flexiblere Struktur. Geplant ist auch, dass sich nach dem Termin zusammengesetzt wird, um über das gerade Erlebte zu sprechen und um die Möglichkeiten für Fragen und einen Austausch zu bieten.

Kooperationen

Die im letzten Jahr erfolgreich ausgebaute Zusammenarbeit mit der JusoHSG Münster wollen wir auch im nächsten Jahr weiter fortsetzen. Dabei wollen wir über den regelmäßigen Austausch beider Gruppen hinaus gemeinsame Aktionen planen. Als erstes gemeinsames Thema soll dabei die Wohnraumproblematik, vor allem für Studierende in Münster angegangen werden. Außerdem wollen wir auch den Bundestagswahlkampf gemeinsam bestreiten und zusammen für ein Münsteraner Direktmandat kämpfen!

Die Jusos Münster werden bei der Umsetzung des Mitgliederkonzeptes „Offen und aktiv“ mit der Juso-SchülerInnen-Gruppe Münster kooperieren, um die jüngeren Zielgruppen anzusprechen. Gerade weil die Juso-SchülerInnen-Gruppe (JSG) Münster im letzten Jahr ihre Gründung erreicht hat, ist es wichtig, vor allem wegen der durch Schulzeiten bedingten Wechsel von aktiven SchülerInnen, daran mitzuwirken, eine konstante Gruppe zu erhalten, sie bei ihren ersten Aktionen zu unterstützen. Auch die inhaltliche Zusammenarbeit, zum Beispiel bei Antragsinitiativen auf höheren Juso-Ebenen oder auf kommunaler Ebene, streben wir an. Insbesondere weil die Jusos

Münster stark studentisch geprägt sind, ist es uns ein Anliegen, dass SchülerInnen sich in Zukunft in unserem Jugendwahlkampf bei der Bundestagswahl und besonders stark in der Diskussion um das Kommunalwahlprogramm der SPD Münster sowie an den regulären inhaltlichen Diskussionen beteiligen.

Als Jugendverband sind Kooperationen und Bündnisse für uns von großer Bedeutung. In vielen Bündnissen, grade im antifaschistischen Bereich, sind wir schon jetzt federführend vertreten. Diese Kooperationen gilt es auszuweiten und zu stärken. Wir wollen versuchen unsere Kontakte zu den Gewerkschaftsjugendlichen zu intensivieren und gemeinsame Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Jahr 2012 war ein starkes Jahr, was die Öffentlichkeitsarbeit der Jusos Münster angeht. Wir sind mehrmals in den lokalen Zeitungen abgedruckt worden, auch wenn die erzkonservative Presselandschaft Münsters unsere Pressemitteilungen oft gekonnt ignoriert. Auf allen wichtigen Internetportalen sind wir vertreten und finden großen Anklang. Diese Arbeit wollen wir auch 2013 fortführen und intensivieren.

Der Bundestagswahlkampf 2013

Nach dem erfolgreichen Landtagswahlkampf im letzten Jahr, bei dem wir beide Wahlkreise in Münster gewinnen konnten, ist unser Ziel für die Bundestagswahl 2013 klar: Wir wollen den Wahlkreis direkt holen! Wir werden unseren Kandidaten Christoph Strässer dabei mit allen Kräften unterstützen. Das Ziel aller Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist es, dass linke Mehrheiten erkämpft und genutzt werden – auf allen Ebenen. Wir wollen unsere Mutterpartei deswegen inhaltlich auf dem Weg zu einem Bundestagswahlprogramm kritisch begleiten und uns nach unseren Möglichkeiten einbringen.

2013 – 150 Jahre SPD

2013 ist das Jahr des Parteijubiläums. Die SPD feiert ihr 150jähriges Bestehen. Am 23. Mai 1863 wurde mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein die Partei gegründet, auf die die Tradition unserer Mutterpartei zurückgeht. Dieser Tag ist damit der Geburtstag der als Partei organisierten Sozialdemokratie in Deutschland. Es ist zugleich der Beginn einer bewegten und bewegenden Partei- und Programmgeschichte.

Jusos haben in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie an vielen Stellen immer wieder eine entscheidende Rolle gespielt. Nicht allein deshalb wollen auch wir Jusos Münster das Jubiläumsjahr für eine intensive Auseinandersetzung mit der SPD-Geschichte nutzen. Der Blick zurück ist immer auch ein Beitrag zur Selbstvergewisserung und wichtiger Bezugspunkt für aktuelle politische Diskussionen.

Wir werden verteilt über das ganze Jahr Angebote zur Partei- und Programmgeschichte für unsere Mitglieder machen und auch öffentlich mit einer Diskussionsveranstaltung, die einen besonderen Blick auf die Rolle von Jusos in der Parteigeschichte wirft, das Jubiläum für Diskussionen nutzen.

4. Sozial is‘ Muss!

Die Jusos Münster schreiben sich ihre Grundwerte Sozialismus, Feminismus und Antifaschismus, sowie Freiheit, Gleichheit und Solidarität nicht nur auf die Fahnen, sondern füllt sie auch mit Leben. Wir sind ein stolzer Verband, der weiß wo er herkommt, was er will und wie er das erreichen kann. Wir laden alle, die unsere Werte teilen, ein, mit uns für eine bessere Welt zu kämpfen.

ANTRAG E1 – KOHLE IST KEINE BRÜCKE IN DIE ZUKUNFT!

Schon auf dem Bundesparteitag 2011 hat die SPD den kompletten Umstieg auf erneuerbare Energien bis 2050 beschlossen. Dies schließt den kompletten Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zu diesem Zeitpunkt mit ein. Die aktuelle Energiepolitik insbesondere in NRW gefährdet jedoch dieses Ziel. Außerdem verursacht sie immense soziale und ökologische Schäden durch die fortgesetzte Förderung der Braun- und Steinkohle.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung muss aus mehreren Gründen schnellstmöglich erfolgen:

Zum einen sind da die enormen Schäden, die der Braunkohleabbau und die Verbrennung der Braunkohle zur Stromgewinnung verursachen. Braunkohle wird ausschließlich im Tagebauverfahren abgebaut. Hierfür müssen ganze Ortschaften umgesiedelt und Menschen aus ihrer angestammten Heimat gerissen werden. Riesige Flächen werden zu toten Mondlandschaften, die dort vorhandenen Ökosysteme werden komplett zerstört. Ein solcher Raubbau und die Zerstörung kompletter Landschaften ist an sich schon Grund genug, die Energiegewinnung aus Braunkohle abzulehnen.

Die Steinkohle hat mit der ihr immer noch anhaftenden Romantik nichts mehr zu tun. Über drei Viertel der hier verfeuerten Kohle wird aus dem Ausland importiert. Aus Ländern wie Südafrika, Russland und Kolumbien, wo der Abbau oft unter katastrophalen Arbeitsbedingungen und verbunden mit immensen Umweltschäden erfolgt.

Hierzulande schaffen die erneuerbaren Energien darüber hinaus weitaus mehr Arbeitsplätze als die Kohleindustrie.

Zudem ist die Braunkohle der umweltschädlichste aller fossilen Energieträger, gefolgt von der Steinkohle. Die Kohlendioxidemissionen liegen sogar noch deutlich höher als bei der Steinkohle. Zudem werden von Stein- und Braunkohlekraftwerken Schwefeldioxid, Stickstoffoxide und giftige Schwermetalle (Blei, Arsen, Cadmium und Quecksilber) ausgestoßen. Der Wirkungsgrad der Kohlekraftwerke liegt zudem deutlich unter dem moderner Gaskraftwerke. Die angedachte Abtrennung des Kohlendioxids (CCS-Verfahren) kommt schlicht zu spät und führt zu noch niedrigeren Wirkungsgraden.

Der schädliche Einfluss der Kohleverstromung auf die Umwelt führt außerdem zu nicht hinnehmbaren Gerechtigkeitsproblemen. Der Ausstoß von Kohlendioxid führt zu einer Erwärmung des Weltklimas, einhergehend mit einem Anstieg des Meeresspiegels sowie häufiger werdenden Dürren und Überschwemmungen. Während die Industriestaaten insbesondere auch durch ihre Energiepolitik zu einem sehr hohen Anteil für den Klimawandel verantwortlich sind, sind es gerade die sogenannten Entwicklungsländer,

die unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben. Ein weiterer Ausbau der Kohleverstromung auf Kosten der Menschen in anderen Teilen der Welt ist nicht hinnehmbar.

Zum anderen wirken sich jetzt getroffene Entscheidungen in der Energiepolitik auf den Energiemix der nächsten Jahrzehnte aus. Eine weitere Förderung der Kohleverstromung behindert und blockiert den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien.

Kohlekraftwerke sind für die kontinuierliche Produktion großer Strommengen konstruiert. Dies entspricht aber nicht mehr den Anforderungen, die der heutige Energiemix an den Kraftwerkspark stellt. Die schwankenden Mengen insbesondere an Wind- und Solarstrom, welche zeitweise fast den gesamten Strombedarf decken, erfordern schnell regelbare Kraftwerke, um diese Schwankungen auszugleichen. Kohlekraftwerke genügen diesen Anforderungen nicht. Stattdessen müssen hier übergangsweise moderne Gaskraftwerke eingesetzt werden. Diese sind schnell und flexibel regelbar und erzeugen zudem um den Faktor 3-4 niedrigere Kohlendioxidemissionen.

Außerdem wird durch die bevorzugte Einspeisung regenerativ erzeugten Stroms die Auslastung der großen Grundlastkraftwerke (insbesondere Braunkohle) bei einem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien immer weiter sinken, die Kosten pro eingespeister Kilowattstunde werden steigen. Die Wirtschaftlichkeit der Anlagen sinkt.

Insbesondere der Neubau von Kohlekraftwerken ist daher abzulehnen, da diese für mehrere Jahrzehnte betrieben werden und dann in direkter Konkurrenz zum geplanten Ausbau der erneuerbaren Energien stehen. Die jetzt geplanten Kraftwerke werden sich in Zukunft nur noch auf Kosten der erneuerbaren Energien rentabel betreiben lassen.

Wenn bis 2050 tatsächlich ein kompletter Umstieg auf erneuerbare Energien erfolgen soll, verträgt sich dies nicht mit einem Festhalten an der Kohlekraft. Stattdessen muss in moderne und flexible Kraftwerke investiert werden und die Rahmenbedingungen so geändert werden, dass diese wirtschaftlich betrieben werden können, beispielsweise in Form einer Vorhalteprämie.

Zusätzlich müssen konkrete Ziele zum Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kohle formuliert werden. Ein Ausstieg aus der Braunkohle bis 2030 und aus der Steinkohle bis 2040 erscheint möglich und ist, angesichts der negativen Auswirkungen und um den völligen Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung bis 2050 tatsächlich zu erreichen, anzustreben.

Als konkrete Forderungen ergeben sich hieraus:

- Kein Aufschluss neuer Tagebaugebiete für den Braunkohleabbau; daraus folgend Ablehnung der geplanten Tagebaue Nörvenich (Erp/Irresheim) und Hambach II

- Kein Neubau von Kohlekraftwerken über den momentan bestehenden Bestand hinaus
- Ein Ausstieg aus der Braunkohle bis 2030 und Ausstieg aus der Steinkohle bis 2040

ANTRAG EU1 – EUROPAPARTEI: MEHR ALS EINE WORTHÜLSE? – EINE WIEDERVORLAGE

Die Partei hat sich in den vergangenen Jahren für die Europapolitik und für die Selbstorganisation zu einer Europapartei viel vorgenommen, doch bislang ist wenig davon zu spüren. Die Ernsthaftigkeit der eigenen Beschlusslage ist in Vergessenheit geraten.

Das Hamburger Grundsatzprogramm gab schon 2007 die Richtung vor: „Europäische Demokratie braucht europäische Öffentlichkeit. Europäische Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Sozialpartner, aber auch starke europäische Parteien sind dafür unabdingbar. Unser Ziel ist es, die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) zu einer handlungsfähigen Mitglieder- und Programmpartei weiterzuentwickeln. Wir setzen uns für die Erarbeitung eines sozialdemokratischen Grundsatzprogramms für Europa ein und wollen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit einem gesamteuropäischen Spitzenkandidaten antreten.“¹

Einzig die im Leitantrag „Neuer Fortschritt für ein starkes Europa“ vom Bundesparteitag 2011 wiederholte Forderung danach, dass zur nächsten Europawahl 2014 „ein/e sozialdemokratische/r Spitzenkandidat/in aller SPE-Mitgliedsparteien für das Amt des/der Kommissionspräsidenten/in antreten“² müsse, steht kurz vor der Erfüllung. Dass sich die Partei eventuell auch organisatorisch auf neues europäisches Terrain bewegt, zeigt sich im Moment leider einzig in der Tatsache, dass Martin Schulz nach der Erstellung der Bundesliste für die Europawahl möglicherweise zu eben jenem europäischen Spitzenkandidaten gewählt werden könnte. Groß bewegen musste man sich dafür nicht, schließlich ist er der eigene Kandidat.

Die Marke „Europapartei“ steckt sich die SPD gerne ans Revers, muss sie aber erst noch pflegen, auch wenn laut Beschlusslage „Schwerpunkt unserer Politik auf europäischer Ebene die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)“ ist. Man wolle die Entwicklung der SPE hin zu einer echten Mitgliederpartei als Kern einer europäischen Öffentlichkeit weiter vorantreiben und die Möglichkeit für Individualmitgliedschaften schaffen, hieß es im Leitantrag 2011 weiter. Noch einmal wurden die bereits 2007 gesteckten Ziele aufgezählt: „Zugleich müssen europäische Parteien so weiterentwickelt werden, dass sie europaweit kampagnen- und politikfähig werden. Nur so können Parteien einen Beitrag zur Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit leisten.“

Weiter stellte man heraus, dass die von der SPD initiierte Erarbeitung eines Grundsatzprogramms der europäischen Sozialdemokratie weiter vorangetrieben werden wird und das neu geschaffene Instrument der Europäischen Bürgerinitiative „mit

¹ http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf, S. 29

² http://www.spd.de/linkableblob/17784/data/20110926_leitantrag_europa.pdf, S. 21 – 22

unseren Schwesterparteien, der SPE und Nichtregierungsorganisationen aktiv“³ genutzt werden solle, um die direkte Demokratie auf europäischer Ebene erlebbar zu machen. Nur leider ist das SPE-Grundsatzprogramm in der Öffentlichkeit und in der Partei kaum ein Thema und die Europäische BürgerInneninitiative fristet seit ihrer Einrichtung ein Nischendasein. Wohl kennen 26 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union die ECI, aber noch nicht einmal 5 Prozent wissen, wie sie funktioniert.⁴ Die SPD hat bisher einen einzigen Versuch unternommen, das Instrument in den öffentlichen Fokus zu bringen, als sie gemeinsam mit der österreichischen SPÖ ein Referendum über die Finanztransaktionssteuer anstieß. Das war vor 2011, also noch vor dem Bundesparteitagbeschluss, und ist anschließend im Gipfelmarathon versickert.

Auf dem gleichen Bundesparteitag von 2011 überwies man einen Antrag der Jusos, der bereits 2010 mit dem Titel „Mehr europäische Sozialdemokratie wagen“ dem Bundeskongress vorgelegt wurde. Gelandet ist der Antrag beim Europabeauftragten des Parteivorstandes. Es wurde betont, dass die automatische Mitgliedschaft in der SPE für jedes Mitglied der nationalen SPE-Parteien sichtbarer gemacht werden müsse. Da es ähnlich zu sehen sei, wie der gleichzeitige Erwerb der Mitgliedschaft im Bundesverband und im Ortsverein der Partei und jeweilig politische Mitwirkungsmöglichkeiten damit verbunden seien, müssten die „Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder der nationalen Parteien auf europäischer Ebene [...] noch weiter gestärkt werden.“⁵

Will man sich aber im Internet über das Wahlverfahren der Delegierten zum SPE-Kongress informieren ist man schnell am Ende der Suche – ohne klares Ergebnis. Auch die Kandidatinnen und Kandidaten für die Liste der SPD zur Europawahl werden irgendwo zwischen Regionalverbund und Bundesebene ausgehandelt. SPD-Mitglieder können sich allenfalls als SPE-AktivistInnen eintragen lassen.

Dass es immer mehr Europa-Arbeitskreise gibt und es im Parteivorstand eine/n Europabeauftragte/n gibt, ist ein langsam fortschreitender, aber zu begrüßender Prozess. Die SPD ist aus ihrer Selbstorganisation in diesem Sinne nicht schon immer „europäisch“ gewesen. Und deshalb darf die Selbstbetrachtung als „Europapartei“ keinesfalls selbstzufrieden sein. Die SPD muss sich fortentwickeln und ihre eigenen Beschlüsse umsetzen:

Bestehende Regularien sind intransparent und nicht geeignet, wenigstens die eigene Parteibasis so recht zum Europawahlkampf zu motivieren. „Es muss sichergestellt werden, dass den europapolitisch Interessierten eine entscheidungsrelevante Beteiligung über die Strukturen der jeweiligen Mitgliedspartei (leichter Zugang zu lokaler Ebene) möglich gemacht werden“, hieß es dazu 2011. Erfüllen alle Ebenen dann diese Aufgabe, so ist es die logische Konsequenz, „einen Anteil der Mitgliedsbeiträge an die SPE

³ http://www.spd.de/linkableblob/17784/data/20110926_leitantrag_europa.pdf, S. 21

⁴ http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/2012/election_2012/Parlement_EB774PARLelections_EN_final.pptx, Folie 31

⁵ http://www.spd.de/linkableblob/23182/data/beschlussbuch_bpt_2011.pdf, S. 121

abzuführen, um diese zu stärken und ihre eigenständige Kampagnenfähigkeit so zu verbessern.“⁶

Die Kampagnenfähigkeit steht vor allem vor dem Hintergrund des Wahldebakels von 2009, als europaweit und ganz besonders in Deutschland die Ergebnisse für sozialdemokratische und sozialistische Parteien einbrachen. Die Negativkampagne der SPD unterschied sich damals nur in wenigen Punkten von denen von CDU und FDP, die wahlweise mit einem schwarz-rot-golden hinterlegten „Wir in Europa“ den Akzent darauf legten, deutsche Interessen auf europäischer Ebene vertreten zu wollen, oder die Wahl zu einer nationalen Wahl erklärten, indem sie „Stark für Deutschland in Europa“ zu ihrem Leitspruch erhoben. Deshalb muss die Ausrichtung der Wahlkampagne auf nationale Themen und die Orientierung am Zeitplan einer Bundestagswahl ein Ende haben. Eine Partei, die für sich in Anspruch nimmt, eine europäische Partei zu sein, muss das auch zum Ausdruck bringen können. Damit zollt man der Europawahl die Aufmerksamkeit, die ihr gebührt.

Die SPE bereitet im Moment genau die Elemente für einen gemeinsamen europäischen Wahlkampf vor und hat beschlossen, dass auch die Mitgliedsparteien modernisiert werden sollen. Darunter fallen neben allgemeinen Zielen wie einer wiedererstarkenden Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, eben auch Punkte wie innerparteiliche Demokratie in Bezug auf die Wahl von Führungspersönlichkeiten sowie von Kandidatinnen und Kandidaten.⁷

Zur Strategie der SPE gehört daneben, die nationale Parteiebene enger mit der Europaebene zu verknüpfen. Dazu gehören länderübergreifende Kampagnen und Plattformen. Noch vor der Nominierung eines europäischen Spitzenkandidaten 2014 will die SPE damit beginnen ein gemeinsames Manifest zu entwickeln und eine gemeinsame europäische Kampagnenstrategie aufzustellen.⁸ Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der SPD, sich dort stark einzubringen und in den eigenen Wahlkampf auch ernsthaft zu übertragen. Findet man gemeinsame europapolitische Themen, ist „die Voraussetzung dafür [geschaffen], dass den Europawahlen endlich der Charakter einer nationalen Nebenwahl genommen wird.“⁹

Dazu gehört einerseits eine bessere Vernetzung, ein engerer Austausch mit den Europaabgeordneten, die im Parteialltag kaum Platz einnehmen. Dies hängt nicht zuletzt mit den vorgenannten Wahlverfahren zusammen. Weder für die Bürgerinnen und Bürger, noch für unsere Mitglieder ist das vielversprechend. Eine Identifikation wird unnötig erschwert, wo doch schon das Europawahlrecht schlechte Rahmenbedingungen

⁶ http://www.spd.de/linkableblob/23182/data/beschlussbuch_bpt_2011.pdf, S. 121

⁷ http://www.pes.org/en/system/files/PES_Strategy_for_2010-2014_adopted_040210_EN.pdf, S. 4

⁸ http://www.pes.org/en/system/files/PES_Strategy_for_2010-2014_adopted_040210_EN.pdf, S. 5

⁹ http://www.spd.de/linkableblob/23182/data/beschlussbuch_bpt_2011.pdf, S. 122

liefert: Eine Wahl, die innerhalb der Europäischen Union auf mehrere Tage verteilt ist, mit Wahllisten die ihren länderübergreifenden Anspruch noch immer nicht erfüllen. Um die Identifikation mit den Abgeordneten vor Ort und zugleich den europäischen Gedanken der Wahl zu stärken, scheint eine Diskussion über eine Reform des Wahlverfahrens zum Europäischen Parlament notwendig. Eine Reform, bei der eine gute Balance zwischen Elementen einer Direktwahl in Wahlkreisen und einer länderübergreifenden Listenwahl zu finden ist.

Andererseits braucht es auch eine bessere Verständlichkeit des Wahlprogramms zur Europawahl. 2009 hatte die SPD die zweifelhafte Ehre in den Medien für das unverständlichste Wahlprogramm gerügt zu werden. Das sollte angegangen werden, indem man beispielsweise Fachbegriffe und Wortkreationen eindämmt, in Klammern erklärt oder Info-Boxen einführt, damit sie sinnig sind und sich von den LeserInnen erschließen lassen und so nicht den Anschein von rein symbolischen Begrifflichkeiten machen. Die regelmäßige Einteilung der Verständlichkeit von Wahlprogrammen der Universität Hohenheim¹⁰ wird anhand eines Punktespektrums vorgenommen. Dass die Artikel aus dem Politikteil der Bild-Zeitung dabei als Positivvergleich genommen werden, kann aus unserer Sicht zwar nicht als Leitlinie für bestens verständliche Texte gelten. Einen Sinn verkürzen heißt nicht gleich, dass etwas verständlicher gemacht würde, denn man muss das Niveau nicht senken, um verständlicher zu machen, was man sagen will. Nichtsdestotrotz ist die Einstufung als Anzeichen dafür zu werten, dass Sätze wie die folgenden aus dem Wahlprogramm überarbeitet werden sollten:

„Der unter deutscher Regie eingeführte Makroökonomische Dialog (MED) zwischen den EU-Finanzministern, der Europäischen Zentralbank und den Sozialpartnern ist zu stärken und insbesondere für die Eurozone weiterzuentwickeln. [...] Wir wollen den Internationalen Währungsfonds (IWF) demokratisch reformieren und zur zentralen Kontroll- und Koordinationsinstanz für die internationale Finanzwirtschaft ausbauen. Seine Zusammenarbeit mit dem Forum für Finanzstabilität (FSF) ist weiter zu verbessern. Gemeinsam sollen beide Institutionen ein Frühwarnsystem und politische Handlungsempfehlungen für stabile Finanzmärkte entwickeln.“¹¹ Das muss gemeinsam mit dem Schritt zu einem europäischen Programm unbedingt angegangen werden.

Wenn 2014 die Europawahl anläuft, sind ganze sieben Jahre seit dem Grundsatzprogramm von Hamburg, fünf Jahre seit der letzten Europawahl und drei Jahre seit Beschluss des Leitantrages „Neuer Fortschritt für ein starkes Europa“ vergangen. Genug gewartet. Die beschworene Europapartei darf auch in ihrer Selbstorganisation keine Worthülse bleiben!

- Die Europa-Beschlusslage mit Leben füllen

¹⁰ https://www.uni-hohenheim.de/fileadmin/einrichtungen/komm/PDFs/Komm/Wahlprogramm-Check/Wahlprogramm-Check_Europawahl_2009.pdf

¹¹ http://library.fes.de/prodok/ip-02017/europamanifest_2009_final.pdf, S. 10 – 12

- Die SPE-Grundsatzprogrammdebatte vorantreiben
- Die Wahl der SPD-EuropakandidatInnen demokratisieren
- Eine wirklich europäische Wahlkampagne fahren
- Europa in das Parteileben holen
- Europa-Programm verständlicher machen

ANTRAG EU2 - EUROPÄISCHE ASYLPOLITIK UMDENKEN – SCHUTZ VON UND NICHT VOR GEFLÜCHTETEN!

Die Europäische Union betreibt seit Jahren eine Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik an ihren Außengrenzen. Die Mauern der „Festung Europa“ sind für viele Menschen auf der Flucht zu unüberwindbaren Hindernissen geworden. An diesen Außengrenzen sind alleine im Jahr 2007 etwa 2.000 Menschen ums Leben gekommen. Menschen, die aus Verzweiflung und aus Angst vor Tod, Folter, Hunger oder Verfolgung, ihre gesamte Existenz aufgaben und sich mit der Hoffnung auf ein besseres Leben auf den Weg nach Europa machten. Die Abschottungspolitik der EU hat zu viele Leben gefordert – wir fordern ein Umdenken! Die Europäische Asylpolitik muss den Schutz von und nicht vor Geflüchteten zum Ziel haben.

Durch die sogenannte Dublin-II-Verordnung werden die Asylverfahren von Menschen in den Ländern behandelt, in denen sie die EU betreten. Dadurch werden Länder wie Italien oder Griechenland, die einen großen Teil der europäischen Außengrenzen abdecken, überfordert. Die Abschottungspolitik ist nur eine logische Konsequenz dieser Überforderung. Deshalb muss ein europäisches Umdenken mit der Abschaffung der Dublin-II-Verordnung und der Ersetzung durch eine neue Verordnung beginnen. Die Geflüchteten müssen gerecht auf die Staaten der EU verteilt werden, nach Möglichkeit unter der Berücksichtigung der Wünsche der Geflüchteten.

Die Agentur Frontex operiert als militarisierte Grenzpolizei der Europäischen Union. Ein großer Teil der Menschenleben, die die europäische Abschottungspolitik bisher gekostet hat, sind auch auf den Einsatz von Frontex zurückzuführen. Daher kann eine sozialdemokratische Flüchtlingspolitik nur die Abschaffung von Frontex fordern.

Unser Ziel ist eine solidarische, menschenwürdige und gerechte Politik für Geflüchtete. Wir wollen, dass Menschen als Menschen behandelt werden und eine wahre Chance auf ein neues Leben nach ihrer Flucht erhalten.

Wir fordern daher:

- 1) Die schnellstmögliche Ersetzung der Dublin-II-Verordnung durch eine EU-weite Verordnung über die Aufnahme von Geflüchteten, die eine gerechte Verteilung von Asylsuchenden unter der unbedingten Wahrung der Menschenrechte ermöglicht, ohne einzelne Länder übermäßig zu belasten. Dabei sollen die Wünsche der Geflüchteten – soweit möglich – berücksichtigt werden.
- 2) Die sofortige Abschaffung von Frontex. Statt einer militärischen Agentur zur Abwehr von Geflüchteten, sollten Einheiten zur Verfügung stehen, die Geflüchtete auf hoher See vor dem Ertrinken bewahren und sie sicher auf das europäische Festland bringen, wo es ihnen möglich ist einen Antrag auf Asyl zu stellen.

- 3) Eine neue, EU-weite Bleiberechtsregelung. Menschen, die sich länger als drei Monate ohne Abschluss des Asylverfahrens in der EU aufhalten, müssen ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten. Familien dürfen nicht auseinandergerissen werden.
- 4) Einen sofortigen, EU-weiten Abschiebestopp in alle Länder, in denen die UN-Menschenrechtskonventionen, sowie die Grundsätze der europäischen Menschenrechtskonvention verletzt werden.
- 5) Die Abschaffung der Drittstaatenregelung. Das Recht der Freizügigkeit muss allen Menschen gewährt werden.
- 6) Die umgehende Abschaffung der zentralen EU-weiten Fingerabdruckspeicherung für Asylbewerber_innen.
- 7) Eine effektive Bekämpfung der Menschenschlepperei, durch sichere Einreisemöglichkeiten für Asylsuchende.
- 8) Die Gewährleistung der Rechte auf Freizügigkeit, freie Wohnungswahl, Arbeit, Bildung, gesundheitliche Versorgung und Zugang zu den Sozialsystemen für alle Menschen.

ANTRAG F1 – GESCHLECHTERROLLEN ÜBERWINDEN – IMPULSE FÜR EINE JUNGSOZIALISTISCHE GENDERPOLITIK!

Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband innerhalb der SPD, einer Partei, die auf eine 150-jährige Tradition zurückblickt und deren wesentlicher Bestandteil auch die emanzipatorische Frauenbewegung war und auch heute noch ist. Von ihr gingen in der Vergangenheit entscheidende Impulse aus, die das gesellschaftliche Zusammenleben reorganisierten und gerechter gestalteten. Doch sehen wir uns heute noch vor enorme Herausforderungen gestellt, denen gerade wir als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten begegnen müssen. Wir werden auch in Zukunft klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeglicher Art kämpfen und uns entschieden gegen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Positionierung positionieren.

Theoretische Grundlagen

In unserer Gesellschaft dominiert noch heute in weiten Teilen die Überzeugung, alle Menschen ließen sich in genau zwei Geschlechter (männlich, weiblich) einteilen. Diese seien biologisch festgelegt, unveränderlich und könnten spätestens bei der Geburt zweifelsfrei anhand der Genitalien festgestellt werden. Diese Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit und der Kategorie „Geschlecht“ ist im gesellschaftlichen Denken äußerst präsent. Doch hat sich dieses System aus Sex (biologisches Geschlecht) und Gender (soziales Geschlecht) historisch entwickelt und ist keineswegs biologisch begründet. Denn weder auf chromosomaler, gonadaler, hormoneller oder genitaler Ebene existiert eine wissenschaftliche Grundlage für ein zweigeschlechtliches System. Vielmehr ist dieses von Menschen gemacht und konstruiert. Dies bedeutet, dass man es somit auch insofern verändern kann, dass die von der Gesellschaft reproduzierte Zweigeschlechtlichkeit dekonstruiert wird. Demnach gibt es für eine Einteilung in zwei Geschlechter keinen haltbaren Grund. Von allen Menschen wird erwartet sich diesem System zu beugen. Auch Menschen, die sich keiner der beiden Alternativen zugehörig fühlen oder zuordnen wollen, werden von der Gesellschaft in das System gepresst. So müssen Inter* noch immer an ein Geschlecht „angegelichen“ werden. Dabei verdeutlichen Inter*, Trans* und auch die völlig unterschiedlichen Gender, die innerhalb der beiden Alternativen vorkommen, dass Zweigeschlechtlichkeit und ein von Natur aus festgelegtes, unveränderbares Geschlecht nicht existiert. Äußerst problematisch ist, dass mit der Zuweisung zu dem einen oder anderen Geschlecht bereits mit der Geburt ein sozialer Prozess einsetzt. Die Einteilung in „weiblich“ oder „männlich“ bestimmt ab der ersten Sekunde unseren weiteren Lebensweg. Denn mit unserer Geburt beginnt die Erziehung zu einer vermeintlich zu erfüllenden Geschlechterrolle. Durch diese Sozialisationsprozesse werden die Merkmale von „weiblich“ und „männlich“ anerzogen, die später für die angeblich durch die Natur vorgegebene Unterscheidung herangezogen werden. In der dabei entstehenden sozialen Ordnung werden die Geschlechter, die vom männlich sozialisierten Geschlecht abweichen, konsequent benachteiligt und von

wichtigen Teilen der Gesellschaft ausgeschlossen. Geschlecht ist also nicht der Ausgangspunkt, sondern das Ergebnis sozialer Prozesse.

Unser Ziel: Dekonstruktion

Wir Jusos sind der Überzeugung, dass jeder Mensch das fundamentale Recht hat, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und sprechen uns deshalb dafür aus, dass mensch nicht durch äußere Sozialisationsprozesse in gesellschaftliche Rollenbilder, die pseudo-biologisch legitimiert werden, gedrängt wird. Wir fordern, dass sich alle Menschen frei entfalten können, und zwar auch unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Geschlechterrolle und ihrer sexuellen Orientierung. Ziel unserer Politik muss deshalb die Überwindung der von der heteronormativen und patriarchalischen Gesellschaft vorgegebenen Geschlechterbilder und letztendlich die Dekonstruktion der Kategorie Geschlecht sein. Im Kampf für die Überwindung der männlichen und zweigeschlechtlichen Gesellschaft, mit Ziel des Beginns einer menschlichen, ist uns Jusos bewusst, dass wir noch einen schweren Weg zu gehen haben. Dabei müssen wir auch selbstkritisch mit uns selbst und unserem Verband umgehen. Denn auch für (einige von) uns spielt die Kategorie Geschlecht immer noch eine große kognitive und lebenspraktische Rolle. Schließlich tragen auch wir durch unser Handeln dazu bei, dass die Unterscheidung von Menschen anhand zweier Geschlechter nach wie vor wirkungsmächtig bleibt. Deswegen müssen wir uns darum bemühen, unser eigenes Denken und Handeln zu reflektieren und zu durchbrechen. Das gilt sowohl für uns in unserem eigenen Verband als auch in der Gesellschaft. Um das zu erreichen müssen wir in unserem Verband in einen breit aufgestellten Diskurs treten und diesen dann in die Gesellschaft tragen. Unser Ziel muss es sein, die Gesellschaft für diese zentrale Ungerechtigkeit zu sensibilisieren, denn nur dann kann das System hinterfragt und überwunden werden. Folgende Themenbereiche eignen sich dafür:

Familienbild

Die gesellschaftliche Vorstellung von „weiblich“ und „männlich“ sind klar festgelegt. Jeder und jede von uns kann Rollenbilder wiedergeben, bzw. fügt sich diesen im Alltag, weil sonst in den überwiegenden Fällen mit gesellschaftlichen Sanktionen zu rechnen ist. Dieses gesellschaftliche Bild wirkt sich auch massiv in der Familie und dem dazugehörigen Familienmodell aus. So sind vor allem die weiblich sozialisierten Menschen benachteiligt – denn diese tragen nach wie vor die Hauptlast der Reproduktion und der Kindererziehung. Die männlich sozialisierten Menschen haben dahingegen für den Unterhalt zu sorgen. Dieses am männlichen Ernährer orientierte Familienbild drückt sich auch in den gesetzlichen Regelungen zum Beispiel des Bürgerlichen Gesetzbuches aus. Dies ist ein Familienbild, das wir Jusos ablehnen. Stattdessen fordern wir, dass die Arbeit im Haushalt, die Kindererziehung und die Pflege anderer Angehöriger, also kurz, die Reproduktionsarbeit gerecht aufgeteilt wird. Männlich sozialisierte Menschen müssen dabei stärker in die Verantwortung genommen werden. Für uns bedeutet das, dass wir eine paritätische Aufteilung der Elternzeit

realisieren. Das Elterngeld soll nur dann in voller Höhe ausgezahlt werden, wenn sich die Väter mindestens sieben Monate an dieser Zeit beteiligen.

Wir verstehen die Kindererziehung nicht als reine Privatangelegenheit (Das Private ist politisch!), die auf einzelne Individuen abgewälzt wird, sondern als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um die weiblich sozialisierten Menschen nach dem ersten Jahr zu entlasten und ihnen die Chance zu geben wieder schneller in eine Beschäftigung zurückzugehen, fordern wir öffentliche und beitragsfreie Betreuungseinrichtungen mit angemessenen Öffnungszeiten und gerechter Entlohnung der dort angestellten Erzieherinnen und Erzieher.

Der Staat kann darüber hinaus mit seiner Steuerpolitik wesentlich zur Gleichstellungspolitik beitragen. Wir fordern, dass es keine staatlichen Anreize mehr gibt, die ein traditionelles und konservatives Familienbild fördern. Eine der ersten konkreten Forderungen, die sich für uns daraus ergeben, ist die Abschaffung des Ehegattensplittings.

Homophobie bekämpfen - Liebe anerkennen

Täglichen Diskriminierungen sind auch diejenigen ausgesetzt, die sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen, zwischen den Geschlechtern leben oder in anderer Form von der heteronormativen Norm abweichen. Diese Menschen werden als „anormal“ dargestellt und in nicht hinnehmbarer Weise ausgeschlossen. Wir fordern daher, dass es Menschen selbst überlassen wird, welchem Geschlecht sie sich zuordnen und wie sie ihr Leben leben. Es gibt so viele Geschlechter, wie einzelne Individuen.

Wir positionieren uns auch ganz klar gegen Homophobie in jedweder Form. Wir fordern die Aufnahme eines Diskriminierungsverbotes wegen sexueller Identität in Artikel 3 Grundgesetz. Des Weiteren fordern wir das Ende jeglicher Sondergesetzgebung für Transsexuelle. Damit Menschen, die sich ihrer sexuellen Identität unsicher sind und die zum Beispiel um sich herum ein Umfeld haben, dass ein Abweichen von der Norm nicht akzeptiert, braucht es eine Infrastruktur von Beratungsstellen, an die mensch sich jederzeit wenden kann. Von großer Wichtigkeit ist auch das Akzeptieren jeglicher sexueller Vorlieben. Wie lehnen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung ab und wollen auch keine Bevorzugung einzelner Formen der Liebe oder der Sexualität, solange die Ausübung sexueller Handlungen im mündigen Einverständnis aller Beteiligten vollzogen wird.

Unser Ziel muss es außerdem sein, homosexuelle Lebenspartnerschaften in jeder Hinsicht mit einer Ehe gleichzustellen. Allein die andere Bezeichnung dieses familienrechtlichen Vertrages bedeutet bereits eine Diskriminierung. Deshalb sprechen wir uns auf kurzfristige Sicht für die Abschaffung der Lebenspartnerschaft, und die Möglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe einzugehen, aus. Auf lange Sicht fordern wir die Abschaffung der Ehe. Stattdessen soll es Partnerinnen und Partnern, sowie sonstigen Mitgliedern einer Familie möglich sein einen Familienvertrag zu erstellen, in dem sich alle rechtlich relevanten Fragen klären lassen.

Arbeitsmarkt/Wirtschaft

In einem großen Teil der Gesellschaft besteht die Annahme, weiblich und männlich sozialisierte Menschen seien gleichberechtigt und wenn es Unterschiede gibt, seien diese selbstverschuldet. Dabei werden häufig die Veränderungen seit den 1970er Jahre angeführt, die wesentlich zur Gleichberechtigung beigetragen haben. Diese Meinung können und wollen wir Jusos nicht stehen lassen. Es gab zwar positive Entwicklungen, doch wir sehen, dass weiblich sozialisierte Menschen nach wie vor, gerade auch auf dem Arbeitsmarkt, signifikant benachteiligt werden und dass die sichtbaren Verbesserungen die Tatsache, dass nicht männlich sozialisierte Menschen nach wie vor strukturell und systematisch benachteiligt werden, verdeckt wird. So verdienen weiblich sozialisierte Menschen weitaus weniger, sind häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen anzutreffen, leisten nach wie vor den größten Anteil bei der Kindererziehung, im Haushalt und bei der Pflege von Angehörigen. Darüber hinaus sind sie weitaus seltener als männlich sozialisierte Menschen in der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik anzutreffen und haben entsprechend seltener eine Machtposition. Eine der Hauptursachen dafür ist, dass nicht männlich sozialisierte Menschen die Hauptlast der Reproduktionsarbeit übernehmen, wodurch in ihren Erwerbsbiographien Lücken entstehen, die von vielen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern kritisch gesehen werden. Oft werden gerade junge Frauen nicht eingestellt, weil die Befürchtung besteht, sie könnten in den nächsten Jahren ein oder mehrere Kind/er bekommen. Diese Benachteiligung können und wollen wir nicht hinnehmen. Grundsätzlich wird in unserer kapitalistischen Gesellschaft jede Leistung und alles, was einen Wert hat finanziell vergütet. Dieses trifft allerdings nicht auf die Reproduktionsarbeit zu, denn diese gilt als Privatangelegenheit und als selbstverständlicher Liebesdienst. Diese Benachteiligung von weiblich sozialisierten Menschen ist immanenter Bestandteil des patriarchalen kapitalistischen Wirtschaftssystems, das in entscheidender Weise dazu beiträgt, dass diese weiterhin systematisch benachteiligt werden. Männlich sozialisierte Menschen profitieren hingegen massiv von diesem. Denn von ihnen wird nicht erwartet, dass sie sich um den Haushalt oder die Kindererziehung kümmern. So konnte ein männlich dominiertes Macht- bzw. Wirtschaftssystem mit entsprechenden Strukturen aufgebaut werden, welches bis heute aufrechterhalten wird und ein Durchdringen äußerst schwierig bis unmöglich gestaltet. Das kapitalistische System als patriarchales System muss demnach überwunden werden. Denn erst wenn der Kapitalismus überwunden ist, können wir auch ein menschliches Geschlechtersystem haben. Deswegen müssen wir Jusos auch weiterhin die Systemfrage stellen.

Damit dieses patriarchale System auf dem Arbeitsmarkt überwunden werden kann, ist es für uns wichtig, weiterhin an einer Quotenregelung festzuhalten. Überall dort, wo weiblich sozialisierte Menschen durch sexistische und patriarchale Strukturen benachteiligt werden, müssen wir diesen entgegenwirken. Dafür ist die Quote für uns zunächst das richtige Mittel, bis das Ziel, nämlich die gleiche Repräsentation von männlich und weiblich sozialisierten Menschen in allen beruflichen Bereichen und gerade auch in Machtpositionen erreicht ist. Wenn das erreicht ist, macht sich die Quote selber überflüssig, weil es auch ohne sie funktioniert. Wir sprechen uns dabei für eine Quote im eigenen Verband aus. Denn wir sehen, dass wir auch bei uns noch Nachholbedarf haben.

Wie sehen auch, dass die von der CDU vorgeschlagene Lösung der Flexiquote keinen Erfolg hat, da sich zu wenige Unternehmen an dieser freiwilligen Lösung beteiligen. Wir fordern stattdessen eine strikte gesetzliche Quote in der Wirtschaft und auf dem restlichen Arbeitsmarkt von 50 %, damit die Geschlechter nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Bildung

Die Geschlechterrolle wird bereits von Kindesbeinen an gelernt. Wir sprechen uns dafür aus, dass bereits im Kindergarten bzw. in der KiTa die Geschlechterrollen durchbrochen, bzw. gar nicht erst aufgebaut werden sollen. Auch Schulen haben dabei eine große Vorbildfunktion. Wir fordern deshalb einen Unterricht, der nicht mehr die bisher gängigen Rollenbilder fördert, sondern der zu einem toleranten Umgang, auch im Hinblick auf die sexuelle Identität, erzieht. Dafür ist es unter anderem erforderlich, dass Schulbücher, die diese tradierten geschlechtlichen Stereotype beinhalten, nicht mehr benutzt werden dürfen. Darüber hinaus sollte Kindern und Jugendlichen eine geschlechtergerechte Sprache vermittelt werden.

Sprache

Sprache ist kein neutrales Kommunikationsmittel, sondern ein diskursives Instrument gesellschaftlichen Handelns. Zugleich fungiert sie als Spiegel gesellschaftlicher Realität, stellt aber auch den Ort dar, an dem sich sozialer Protest und konservativer Widerstand artikulieren. Für die Beziehung zwischen Sprache und Geschlecht heißt dies, dass sich in einer Sprache gender-bezogene Asymmetrien manifestieren, die ihrerseits auf die Wahrnehmung und Konstruktion von Realität einwirken.

Die Benachteiligung der Frau sowie von Menschen, die nicht die von der Gesellschaft konstruierte Zweigeschlechtlichkeit passen, ist in vielen Fällen ein performativer sprachlicher Akt. Die Diskriminierung findet nicht nur in dem statt, was getan wird, sondern auch durch die Art und Weise, wie gesprochen und geschrieben wird. Wir setzen uns daher für eine geschlechtergerechte Sprache ein, in der andere als männlich sozialisierte Menschen nicht nur mitgemeint und mitgedacht werden, sondern sichtbar und hörbar gemacht werden. Dies gilt nicht nur für die öffentliche bzw. amtliche Schriftsprache, sondern auch für die gesprochene. Wir fordern, dass bei der Schriftsprache das Gendern nicht mehr wie bisher mit weit verbreiteten Binnen-I vorgenommen wird, sondern dass stattdessen ein Sternchen (*) oder das gender-gap (⚭) benutzt wird. Die Alternative des Binnen-I macht zwar weiblich und männlich sozialisierte Menschen sichtbar, nicht jedoch diejenigen, die sich keinem der beiden Varianten zugehörig fühlen, bzw. in keine Kategorie passen. Dieses Problem wird mit den Varianten des Sternchens, bzw. des gender-gap gelöst.

ANTRAG I1 – UMSTRUKTURIERUNG DER NACHRICHTENDIENSTE ERMÖGLICHEN!

Im November 2011 ist bekanntgeworden, dass der Nationalsozialistische Untergrund, eine rechte Terrorzelle, mutmaßliche zwischen 2000 und 2006 neun Kleinunternehmer mit Migrationshintergrund und 2007 eine Polizistin ermordet hat sowie 2004 ein Nagelbomben-Attentat und zahlreiche Banküberfälle begangen hat. Trotz zahlreicher Hinweise und diverser V-Leute im Umfeld der Zelle ist es dem Verfassungsschutz in Bund und Land nicht gelungen einen rechtsextremen Hintergrund bei den Taten festzustellen. Dies ist nur der Gipfel einer lang anhaltenden Serie von Pannen bei der Arbeit des Verfassungsschutzes. Deshalb ist eine umfassende Reform und Neustrukturierung des deutschen Nachrichtendienstwesens angezeigt und unausweichlich.

Abschaffung der Verfassungsschutzämter und Fusion von MAD und BND

Langfristig fordern wir daher die Abschaffung von Bundes- und Landesämtern für Verfassungsschutz sowie die Fusionierung von Militärischem Abschirmdienst und Bundesnachrichtendienst zu einer nachrichtendienstlichen Behörde.

Die bisherigen Aufgaben des Verfassungsschutzes Spionageabwehr, Proliferationsabwehr, Wirtschaftsschutz, Geheim- und Sabotageschutz sowie die Auswertung elektronischer Angriffe sollen von der neu fusionierten Behörde aufgenommen werden. Die Abwehr von Gefahren für die Verfassung soll durch personelle Aufstockung in den schon geschaffenen Bereichen im Bundes- und Landeskriminalamt gewährleistet werden. Hierbei sind die Befugnisse der Polizeibeamtinnen und -beamten nicht zu erweitern, insbesondere sind keine geheimdienstlichen Befugnisse zu erteilen, um nicht gegen das Trennungsgebot zu verstoßen. Außerdem ist eine personelle Identität der alten und neuen Ermittlerinnen und Ermittler verhindern, um einen tatsächlichen Neuanfang zu ermöglichen.

Dies soll das Ziel unserer Bemühungen sein. Bis es soweit ist, sind zumindest folgende Schritte zu verwirklichen, um den Verfassungsschutz wieder rechtsstaatlich zu machen:

Abschaffung der Verdachtsberichterstattung in den Verfassungsschutzberichten

Bisher ist es gängige Praxis in den Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern auch Parteien und Organisationen zu erwähnen, gegen die lediglich der Verdacht der Verfassungswidrigkeit besteht. Für Leserinnen und Leser ist oft nur schwer ersichtlich, dass es sich nur um einen bloßen Verdacht handelt; in den Medien findet eine Differenzierung in der Regel gar nicht statt. Diese Stigmatisierung stellt eine schwere faktische Sanktion dar, da die Erwähnung im Bericht mit dem Aufruf gleichzusetzen ist, die erwähnte Partei oder Organisation zu meiden. Insbesondere eine zu Unrecht erfolgte Erwähnung schränkt das Recht auf Mitwirkung an politischer Willensbildung stark ein, zumal politische und gesellschaftliche Isolierung quasi erwartet wird und gerade auf der

Ebene der Bündnisarbeit nicht selten erfolgt. Der Verfassungsschutzbericht kommt hiermit nicht seiner Aufgabe als Verfassungsschutz durch Aufklärung nach sondern verkommt zu einem modernen Pranger. Diese Praxis ist nicht länger hinzunehmen. Wir fordern daher ein Verbot der Verdachtsberichterstattung.

Kontrolle ermöglichen

Bisher ist ein individueller Auskunftsanspruch gegen den Verfassungsschutz nur zulässig, wenn ein Hinweis auf einen konkreten Sachverhalt und ein besonderes Interesse an der Auskunft gegeben sind und keine Geheimhaltungsgründe entgegenstehen. Faktisch ist es somit unmöglich zu erfahren, ob man zum jetzigen Zeitpunkt beobachtet wird und aus welchen Gründen. Auch die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Beobachtung kann nur äußerst selten und wenn überhaupt im Nachhinein festgestellt werden. Der oder die Beobachtete hat somit keinerlei Möglichkeit sich den Vorwürfen zu stellen oder sich gar zu wehren, gegen Maßnahmen, die ohne richterlichen Beschluss gegen ihn ergangen sind. Er wird somit schlechter gestellt als jemand, gegen den wegen einer Straftat ermittelt wird.

Dies ist nicht tragbar und widerspricht unserem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit. Daher ist zunächst für Maßnahmen wie Bild- und Tonaufzeichnungen, Online-Durchsuchungen, Brief-, Post- und Telefonüberwachung und den Einsatz geheimer MitarbeiterInnen sowie ähnlich tief eingreifender Maßnahmen die Genehmigung eines Richters einzuholen.

Desweiteren ist der oder die Beobachtete unverzüglich über die Maßnahmen zu informieren, sobald die Beobachtung beendet ist. Will die beobachtete Person die Rechtswidrigkeit der Maßnahme feststellen lassen, ist ihr und ihrem Rechtsbeistand sowie dem Gericht umfassende Akteneinsicht zu gewähren. Auch dürfen Geheimhaltungsinteressen nicht prinzipiell Vorrang gegenüber dem Strafverfahren haben, dürfen vor allem ein faires und gerechtes Verfahren nicht unmöglich machen.

Einstellung der gängigen V-Leute-Praxis

Nach Angaben des Verfassungsschutzes erhält der Nachrichtendienst nur einen geringen Anteil ihrer Informationen von geheimen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Hierzu zählen auch die sogenannten V-Leute.

Nicht nur die Geschehnisse rund um die Zwickauer Zelle haben gezeigt, dass diese Art der geheimen Mitarbeiter rechtsstaatlich nicht länger tragbar ist und nie tragbar war. Wenn V-Leute Bomben liefern und zu Straftaten anstiften, wenn mit dem vom Verfassungsschutz gezahlten Geld rechtsextremistische Gruppen unterstützt werden, wenn ein V-Mann ermordet wird und ein ordnungsgemäßer Strafprozess nicht möglich ist, da der Verfassungsschutz Aussagegenehmigungen verweigert, Anwälte_innen beobachten lässt und Tatwaffen verschwinden lässt und wenn ein Verbot der NPD an

den V-Leuten gescheitert ist, sollte offenkundig sein, dass diese Methode nicht länger geduldet werden kann.

Den bisherigen V-Leuten ist daher kein absolutes Zeugnisverweigerungsrecht zuzugestehen, insofern sie als Zeuge während eines Strafverfahrens vernommen werden.

Umfassende Aufarbeitung der Geschichte des Amtes

Die Geschichte des Verfassungsschutzes von Bund und Ländern macht mitunter fassungslos. Trotz zahlreicher Affären und Pannen, die bereits mit der Entführung des ersten Präsidenten des Bundesamtes Otto John begonnen haben, hat bisher keine umfassende kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte stattgefunden. Das Bundesamt sowie die Landesämter sollen daher einer umfassenden Nachforschung unterzogen werden, in der sowohl die Rekrutierung von ehemaligen SS- und SD-Angehörigen bis hin in die 70er Jahre als auch die restliche Geschichte der Behörden untersucht und aufgearbeitet werden. Dies ist für eine Neuordnung und zum Verständnis der bisher gemachten Fehler unabdingbar. Die Ergebnisse sind außerdem der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um die Aufklärung zu gewährleisten.

Ziel: Auflösung

All dies können jedoch nur Teilschritte sein. Der Verfassungsschutz hat in seiner Geschichte selbst bewiesen, dass er nicht in der Lage ist die freiheitlich demokratische Grundordnung zu schützen und stattdessen mehr und mehr die Frage unterstrichen, wer denn nun die Verfassung vor dem Verfassungsschutz schützt. Ziel kann es daher nur sein, den Verfassungsschutz langfristig abzuschaffen, damit auch ein personeller Neuanfang gewährleistet sein kann.

ANTRAG K! – SECHS PUNKTE FÜR EIN KOMMUNALWAHLPROGRAMM

Im Juni 2014 wird die Stadt Münster einen neuen Rat wählen. Wir kämpfen für eine starke SPD und bauen auf linke Mehrheiten. Unser Ziel ist es diese Stadt sozial mitzugestalten. Mit den schwierigen Mehrheitsverhältnissen in den letzten Jahren konnte die SPD oft mitarbeiten und hat viel erreicht. Für 2014 ist das Ziel klar: Wir wollen eine klare Mehrheit links von der Mitte mit der SPD als stärksten Kraft.

Im nächsten Jahr wird die Partei sich ein Kommunalwahlprogramm geben. Wir wollen uns in diesen Prozess aktiv einbringen. Für uns gibt es dabei einige wichtige Aspekte, die wir in die Partei tragen wollen. Unsere sechs Punkte für ein Kommunalwahlprogramm lauten:

- 1) **Konsolidieren ist mehr als Sparen!** Ziel einer weitsichtigen Haushaltspolitik in Münster muss es sein, die Haushaltssperre zu verhindern. Der Fokus der Verwaltungsvorschläge lag in der Vergangenheit zu oft auf Kürzungen, insbesondere im sozialen Bereich. Wir wollen in Zukunft auch andere Möglichkeiten der Haushaltskonsolidierung verstärkter nutzen. So würde beispielsweise eine leichte Anhebung der Gewerbesteuer die Stadtkasse stark entlasten.
- 2) **Wohnen bezahlbar machen!** Der Andrang auf dem Wohnungsmarkt in Münster ist enorm. Insbesondere im Bereich des sozialen und studentischen Wohnens. Die Wohnungssuche in Münster so einfach und bezahlbar wie möglich zu machen, muss ein Hauptziel sozialdemokratischer Kommunalpolitik der nächsten Jahre werden.
- 3) **Finger weg vom Sozialbereich!** In der Vergangenheit ist im sozialen Bereich zu viel gekürzt worden. Viele wertvolle Projekte, z.B. die Flüchtlingshilfe GGUA oder die Aidshilfe, sind bereits stark unterfinanziert. Hier darf der Rotstift in naher Zukunft nicht mehr angesetzt werden.
- 4) **Gleichstellungsarbeit fördern!** Wir wollen das Angebot des Frauenbüros und der Frauenhäuser in Münster stärker als bisher fördern. Die Statistiken zeigen, dass diese Arbeit leider bitter nötig ist – als Partei der Gleichstellung wollen wir hier noch stärker als bisher Rückgrat beweisen.
- 5) **Münsterpass ausbauen!** Der Münsterpass muss auch weiter von der SPD verteidigt und ausgebaut werden. In keiner Haushaltsverhandlung darf der Münsterpass zu Verhandlungsmasse werden. Im Gegenteil: Wir wollen die Angebote des Münsterpasses noch ausbauen, z.B. durch Musikschulangebote für Kinder.
- 6) **Große Kollision verhindern!** In den letzten Jahren hat die CDU in Münster deutlich gezeigt: Sie ist kein verlässlicher politischer Partner. Insbesondere in der Umbenennungsdiskussion zum Schlossplatz hat ein Teil der CDU Münster

Positionen vertreten, die mit den Grundwerten der Sozialdemokratie unvereinbar sind. Wir wollen Münster sozial und demokratisch gestalten – ohne die Union.

ANTRAG INI1 – SOLIDARITÄT MIT TIM H.! WIR LASSEN UNS NICHT KRIMINALISIEREN!

Am 16. Januar 2013 wurde der Antifaschist Tim H. aus Berlin zu 22 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Tim H. war bei den Blockaden gegen den Naziaufmarsch im Februar 2011 beteiligt, zu denen auch die Jusos, sowie eine Vielzahl weiterer Organisationen, Verbände, Parteien und Einzelpersonen, aufgerufen hatten. Ihm wurden Landfriedensbruch, Körperverletzung und Beleidigung vorgeworfen – keiner dieser Vorwürfe konnte während des Prozesses am Dresdener Amtsgericht bewiesen werden. Weder die Zeug_innen, noch das Videomaterial der Polizei konnte konkrete Anhaltspunkte für die Berechtigung der Vorwürfe liefern. Doch wegen einer Megafondurchsage von Tim H. („Nach vorn!“) und weil er von seinem Recht zu Schweigen während des Prozesses Gebrauch machte, entschied sich der vorsitzende Richter Hans-Joachim Hlavka ein Exempel zu statuieren. In seiner Urteilsbegründung erklärte er: "Was andere getan haben, müssen Sie sich mit anrechnen lassen."

Gericht und Staatsanwaltschaft warfen den Blockierer_innen immer wieder implizit vor, die Aktionen gegen „sogenannte Naziaufmärsche“ (Zitat Staatsanwaltschaft) als Deckmantel für Gewalt gegen Polizist_innen zu nutzen. Diese dreiste Kriminalisierung reiht sich ein in eine Vielzahl von fragwürdigen Verfahren und Repressionsmaßnahmen gegen aktive Antifaschist_innen. Die „sächsische Demokratie“ hat mit dem Urteil gegen Tim H. einen neuen, traurigen Höhepunkt erreicht.

Wir erklären uns solidarisch mit Tim H. und allen Antifaschist_innen, die von staatlicher Repression betroffen sind! Es muss oberste Priorität aller Demokratinnen und Demokraten sein, dem Faschismus in Deutschland und weltweit den Nährboden zu entziehen. Aktiver Antifaschismus ist aktiver Kampf für die Demokratie. Dazu zählt auch das Mittel der Blockade, um aktiv zu verhindern, dass Nazis marschieren und ihre menschenfeindliche Hetze verbreiten können.

Wir werden weiter blockieren, bis die Aufmärsche Geschichte sind! Der Kampf gegen den Faschismus wird nicht nur auf der Straße gewonnen, aber auch dort. Blockaden sind unser Recht und unsere demokratische Pflicht. Wo Nazis aufmarschieren wollen, werden wir uns in den Weg setzen. Niemals werden wir tatenlos zusehen, wenn sie versuchen Straßen und Plätze als Werbeflächen zu nutzen.

Wir lassen uns nicht kriminalisieren! Unser Protest und unsere Aktionsformen sind legitim. Wir wehren uns gegen den Versuch der Kriminalisierung. Sei es durch überzogene Urteile und fragwürdige Ermittlungsverfahren, oder durch die massive Repression vor Ort und im Vorfeld. Wir stehen solidarisch mit allen, die von dieser Kriminalisierung betroffen sind.

Wir sind alle Dresden Nazifrei! Egal ob Parteien, Gewerkschaften, autonome Gruppen, Kirchen, Verbände oder einzelne Personen, unsere Stärke ist unsere Solidarität

und Geschlossenheit. Wir legen unsere inhaltlichen Differenzen für diese Tage zur Seite und konzentrieren uns auf unser gemeinsames Ziel: Naziaufmärsche verhindern! In Dresden, Dortmund, Münster und überall. Wir lassen uns nicht spalten oder stigmatisieren. Das Urteil gegen Tim H. ist ein Urteil gegen uns alle – wir werden es nicht hinnehmen.

Auch in Zukunft werden wir zu Blockaden gegen Naziaufmärsche aufrufen und uns daran beteiligen. Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! No pasaran!